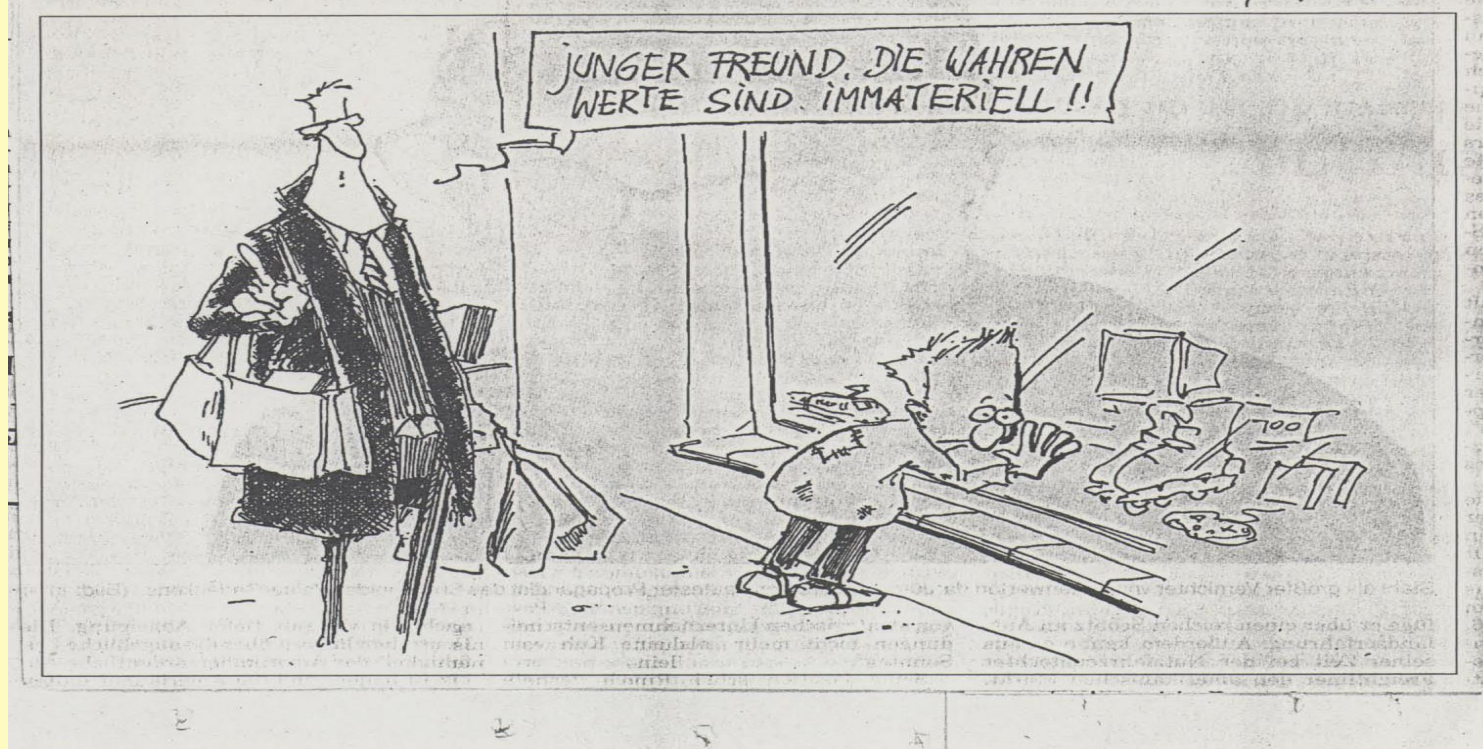




Maßnahmen gegen Kinderarmut in einem reichen Land

9. Frankfurter Familienkongress am 18.5.2017

Forum 14:30 – 16:25h

Prof. Dr. Michael Klundt
FB Angewandte Humanwissenschaften

www.hs-magdeburg.de

Inhalt

- **Erscheinungsformen**
- Folgen
- Bearbeitung
- Ursachen und Zusammenhänge
- Alternativen



Inhalt

- **Erscheinungsformen:** Ignoriert und beschönigt (s. Koalitionsvertrag 2013 u. 5. ARB 2017)
- **Folgen:** verharmlost und gesäubert (s. Folgen v. Ungleichheit u. Reichtum im 5. ARB)
- **Bearbeitung:** individualisierend und stigmatisierend
- **Ursachen und Zusammenhänge:** ausgeblendet, Anlässe statt Ursachen
- **Alternativen:** kein Bedarf, alternativlos

Die 80 reichsten Menschen auf der Welt besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung! Sollte man da nicht mal was dagegen tun?!



Weder wohnt einer dieser 80 Menschen hier in Deutschland noch gehören wir zur ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung! Uns geht das also nichts an!



Analyse der EU-Kommission 2017:

- Die „insgesamt günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre ist nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen angekommen“.
- Aufgrund der abgeschafften Vermögensteuer (1997), der Senkung des Spitzensteuersatzes für Einkommen von 53 auf 42 Prozent (2004) und der 2009 eingeführten Abgeltungssteuer, wodurch Kapitaleinkünfte pauschal mit 25 Prozent besteuert werden, haben die verschiedenen deutschen Bundesregierungen zu einer wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft beigetragen.
- Auch „hinsichtlich der Angemessenheit der Renten und Pensionen ist künftig mit einer Verschlechterung der Lage zu rechnen“ (siehe ebd., S. 38), prognostiziert die EU-Kommission und ergänzt, dass zudem bedarfsabhängige Leistungen „real und im Verhältnis zur Einkommensentwicklung gesunken sind“ (ebd., S. 7).
- Unterstützungen, wie ALG II (Hartz IV), Wohngeld oder Bafög nicht einmal in dem Maße erhöht, wie die Kaufkraftverluste durch die Preissteigerung. **„Im Zeitraum 2008 bis 2014 hat die deutsche Politik in hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen“**, heißt es im Report (siehe ebd., S. 7).

Bedingungen für Auswege ergeben sich aus bestimmter Negation

- **Erscheinungsformen:** müssen ohne Verharmlosung zur Kenntnis genommen werden Koalitionsvertrag und Berichte
- **Folgen:** Gesamtgesellschaftliche und psychosoziale Folgen v. Ungleichheit u. Reichtum ermitteln
- **Bearbeitung:** Armut, statt Arme bekämpfen; Repolitisierung eines gesellschaftlichen Problems, statt Individualisierung
- **Ursachen und Zusammenhänge:** sozio-ökonomische Hintergründe beachten
- **Alternativen:** auf allen föderalen Ebenen ist solidarischer Handlungsbedarf

Die 80 reichsten Menschen auf der Welt besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung! Sollte man da nicht mal was dagegen tun?!



Weder wohnt einer dieser 80 Menschen hier in Deutschland noch gehören wir zur ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung! Uns geht das also nichts an!



Deutschland geht's gut, Löhne steigen – für alle?

- Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sind von 1991 bis 2014 real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, um **zwölf Prozent** gestiegen – im Durchschnitt.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Zum einen war der Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich geringer als der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in diesem Zeitraum, das real um **22 Prozent** zugelegt hat.
- »Die Entwicklung verlief jedoch **je nach Einkommensgruppe sehr unterschiedlich**: Während die mittleren Einkommen um mehr als acht Prozent stiegen, legten die höchsten Einkommen um bis zu 26 Prozent zu. Die unteren Einkommen gingen hingegen real zurück«, so Markus M. Grabka und Jan Goebel. Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte mussten in den untersuchten Jahren von 1991 bis 2014 einen Einkommensverlust von acht Prozent hinnehmen.
- Dabei ergaben sich auch erste Anzeichen für eine wieder **steigende Einkommensungleichheit**. Diese war zunächst zwischen 1991 und 2005 gestiegen und stagnierte in den Jahren 2005 bis 2013 auf diesem Niveau, berichtet das DIW über die Studienergebnisse.
- Erwerbstätigkeit schützt zwar nach wie vor am effektivsten gegen Einkommensarmut, allerdings sind auch **immer mehr erwerbstätige Personen armutsgefährdet**, so ein weiterer Befund aus der Studie. Menschen gelten dann als von Armut bedroht, wenn sie weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung haben.
- Im Jahr 2014 traf dies den in der Studie verwendeten SOEP-Daten zufolge auf 12,7 Millionen Menschen in Deutschland zu – knapp 16 Prozent der Bevölkerung.
- Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche: 20 Prozent von ihnen sind von Armut bedroht.

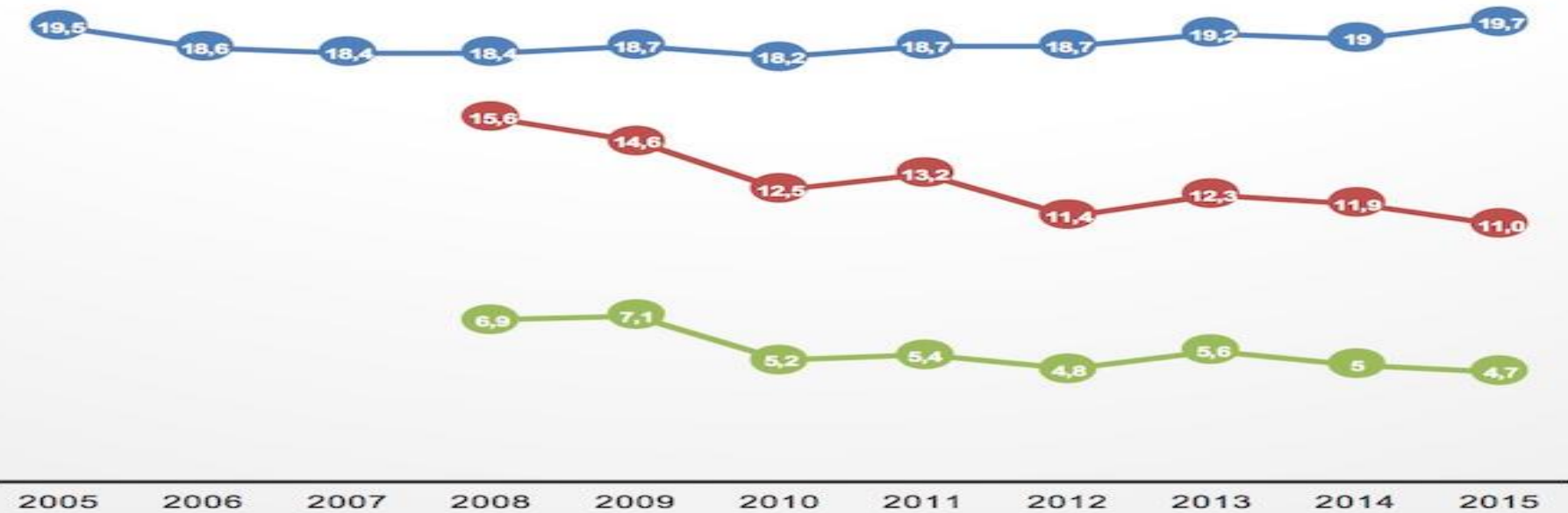
„Ungleichheit ist nicht bloß ein dummer Zufall“ – Berliner Zeitung v. 26.01.2017

- „Die Ungleichheit in Deutschland nimmt zu, das Armutsrisiko auch. Die neuen Berechnungen des Instituts DIW bestätigen einen Trend, der seit langem zu beobachten ist.
- Gleichzeitig widerlegen sie konservative Kreise, die Kritiker beschwichtigen möchten mit dem Hinweis, die Ungleichheit nehme seit dem Jahr 2005 gar nicht mehr zu, sondern stagniere bloß auf hohem Niveau.
- **Wachsende Ungleichheit ist kein „dummer Zufall“**
- Wachsende Ungleichheit und Armut – insbesondere seit dem Jahr 1999 - sind kein dummer Zufall, kein unglücklicher „Trend“, gegen den sich die Politik erfolglos stemmt. Sie waren gewollt. Sozialkürzungen sollten die Staatskasse schonen. Mit Hartz IV sollte mehr Druck auf Arbeitslose ausgeübt werden. Mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sollte ein Niedriglohnsektor aufgebaut und das Lohnniveau auf wettbewerbsfähiges Niveau gedrückt werden.
- Das ist gelungen. Das Ergebnis präsentiert das DIW: War Armut früher vor allem ein Problem von Arbeitslosen, so erfahren sie mittlerweile auch immer mehr Erwerbstätige. Damit hätte sich der früher so beliebte Spruch „Sozial ist, was Arbeit schafft“ auch erledigt.
- **Es gäbe viele Möglichkeiten zur Bekämpfung**
- Wer wirklich etwas gegen die Ungleichheit tun will, der hat viele Möglichkeiten: Besteuerung des Reichtums, insbesondere von Kapitalgewinnen und Erbschaften. Erhöhung des Mindestlohns, Zurückdrängen prekärer Beschäftigung, insbesondere der Mini-Jobs und ihrer steuerlichen Privilegien. Stärkung der Gewerkschaften in Sachen Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Und so weiter. Das ist keine Magie.“ (Stephan Kaufmann)
- Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/25614928>

Kaum „echte“ Kinderarmut?

- „**Nur wenige Kinder in Deutschland leiden unter materiellen Entbehrungen.**“ (BMAS-DE 2016, S. 242).
- Verharmlosung beibehalten, aber statistische Verfälschung korrigiert: „Positiv ist zu bemerken, dass **nur wenige Kinder in Deutschland unter erheblichen (Hervorh. M.K.) materiellen Entbehrungen leiden**, und damit nur einen beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und den damit verbundenen Gütern haben. Hiervon sind rund 5 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Deutschland betroffen (EU28: 9,5 Prozent). Dieser Wert liegt leicht über dem für die Gesamtbevölkerung (rund 4 Prozent...)“ (BMAS 2017, S. 252).
- Der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung werfe ein „**sehr günstiges Licht auf Kinderarmut**“ in Deutschland, da angeblich „**95 Prozent der Kinder (...) keine materielle Not** (litten)“ (Saarbrücker Zeitung vom 24.Oktober 2016)
- „**‘Nur wenige Kinder in Deutschland leiden unter materieller Not**‘, heißt es demnach in dem Bericht. Wenn der Anteil der Haushalte ‚mit einem beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und den damit verbundenen Gütern‘ betrachtet werde, dann seien fünf Prozent der Kinder betroffen.“ (Armutsbericht. Mehr als zwei Millionen deutsche Haushalte sind überschuldet, in: Spiegel.de v. 13.12.2016).
- „Der neue Armuts- und Reichtumsbericht, der sich innerhalb der Bundesregierung noch in der Abstimmung befindet, hält **eine Reihe erfreulicher Botschaften** bereit.“ (FAZ v. 14.12.2016)
- „(...) Und auch bei Kindern ist die **echte Armut** auf dem Rückzug.“ (WELT.de v. 9.1.2017)

Welche Kinderarmut soll es denn sein?



—●— Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen*

—●— Anteil der unter 18-Jährigen mit (erheblichen) materiellen Entbehrungen in mindestens 3 von 9 Bereichen**

—●— Anteil der unter 18-Jährigen mit (erheblichen) materiellen Entbehrungen in mindestens 4 von 9 Bereichen**

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

) Personen gelten dann als **"materiell depriviert", wenn sie **Entbehrungen in mindestens drei der folgenden neun Bereiche** erfahren: 1. Finanzielles Problem, die Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen. 2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können. 3. Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können. 4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können. 5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen. 6. Fehlen eines Autos im Haushalt. 7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt. 8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt. 9. Fehlen eines Telefons im Haushalt

Quelle *) Amtliche Sozialberichterstattung Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Quelle **) Entwurf 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

(Stand: 12/2016), Tabelle C.II.9.1, S. 568

Inhalt

- Erscheinungsformen
- **Folgen**
- Bearbeitung
- Ursachen und Zusammenhänge
- Alternativen

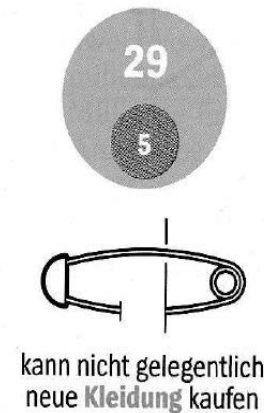
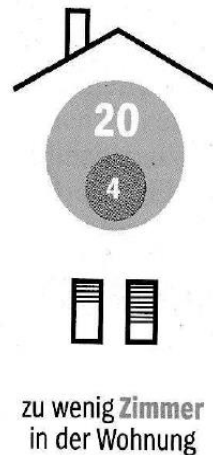
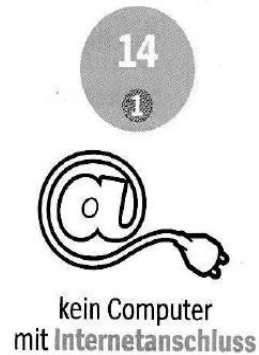


Mehrfache Benachteiligung

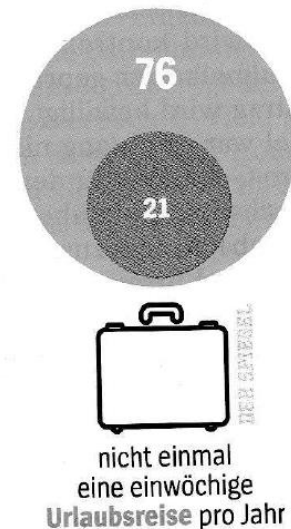
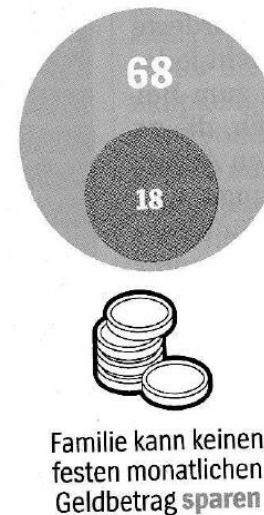
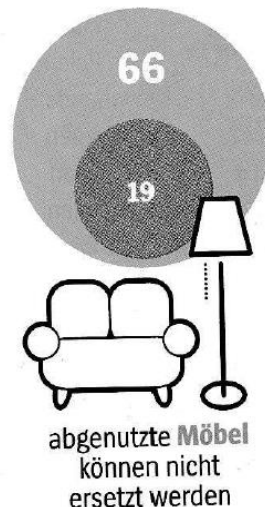
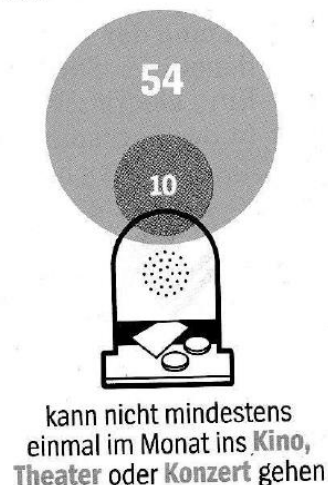
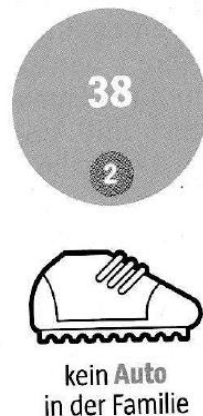
Mängelliste

Anteil der befragten Familien*, die aus finanziellen Gründen unterversorgt sind

- Bezug von SGB-II-Leistungen
- gesicherte Einkommenssituation

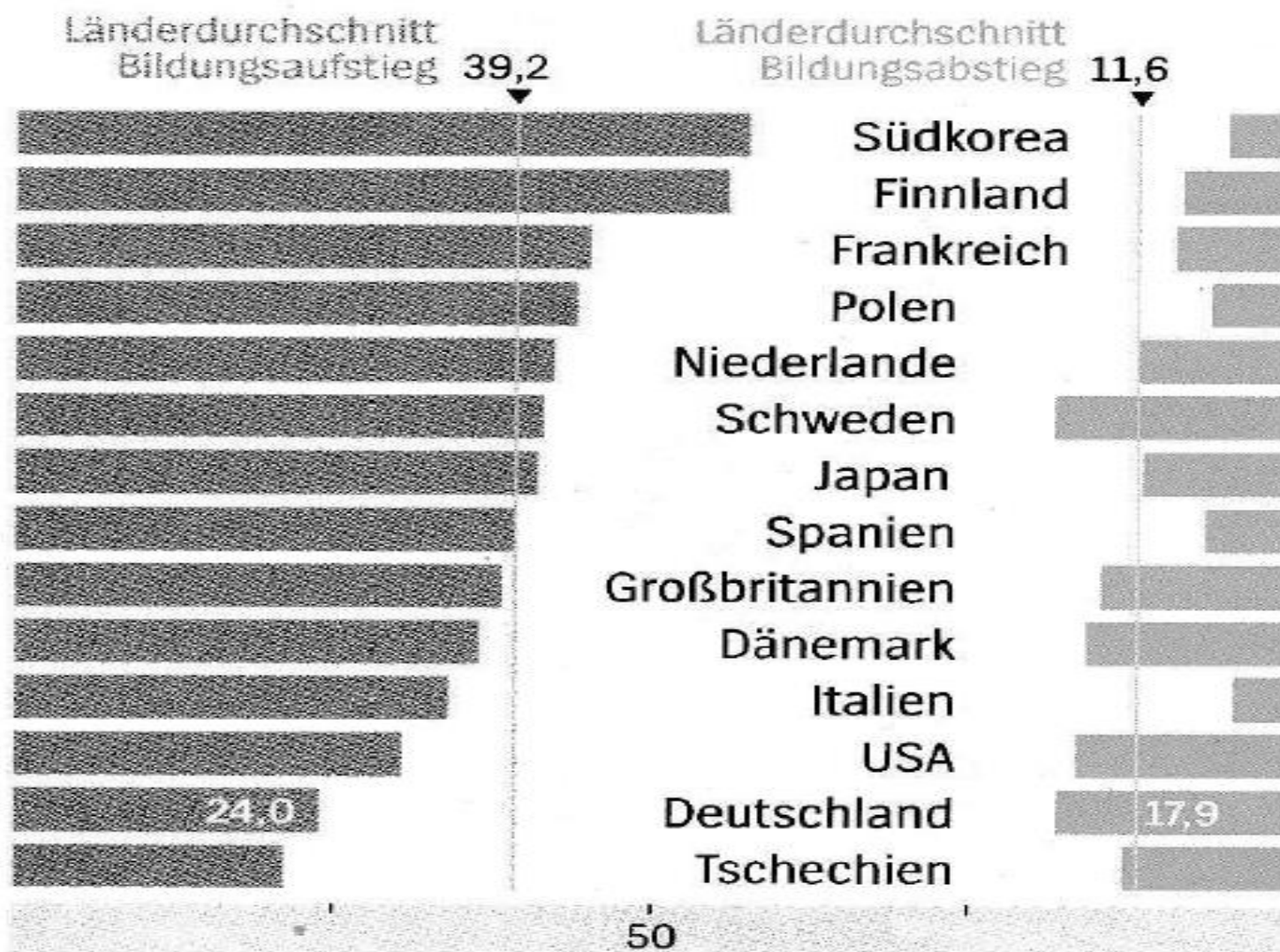


Quelle: Studie „Kinder- und Familienarmut“ der Bertelsmann Stiftung;
* mit Kindern unter 15 Jahren; Angaben in Prozent



Bildungsmobilität

Anteil der 25- bis 64-Jährigen, deren Bildungsabschluss höher oder niedriger als der ihrer Eltern ist, in Prozent



Strukturelle Bildungsungleichheit

- Bildungschancen nach sozialer Herkunft
- PISA-, IGLU- und andere Studien
- Gleiche Leistung – unterschiedliche Bewertung
- Gegliedertes Schulsystem als Teil des Bildungsproblems
- Bildung als Universal-Rezept gegen (Kinder-)Armut?

Inhalt

- Erscheinungsformen
- Folgen
- **Bearbeitung**
- Ursachen und Zusammenhänge
- Alternativen



Position der christlichen Kirchen

„Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird....“

(Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Ökumenisches Sozialwort, 1997, S. 87)

Weintrinker – Wasserprediger



(De-)Thematisierung von Armut

- Armut durch Scheidungen
- Alleinerziehende als „Hätschelkinder“
- Kinderarmut nur als fehlende Kinder
- Individualisierung: **“Jeder ist seines Bildungs-Glückes Schmied”**
- Armut nur moralisches Problem: Arme selbst schuld
- Kulturalisierung, Ethnisierung, Biologisierung

> 1/4 der Hartz-Bezieher/innen = Kinder

1/3 der Hartz-Beziehenden = Arbeitende/Aufstocker

> 90% der „Griechenland-Hilfe“ an Banken: -->
Bankenrettung

Aber: „faule Hartzler“ und „gierige Griechen“



Inhalt

- Erscheinungsformen
- Folgen
- Bearbeitung
- **Ursachen und Zusammenhänge**
- Alternativen



Ursachen und Zusammenhänge

- Neben ihrer verzerrten oder **Nicht-Wahrnehmung** gehören dazu auch **Regierungs-Maßnahmen** der letzten Jahre, die eher zur Verfestigung als zur Vermeidung von Kinderarmut beigetragen haben (Wer hat, dem wird gegeben: 13% der FamFörderung für oberstes Dezil, nur 7% für unterstes Zehntel).
- Von der Bundesregierung selbst als „**Meilensteine**“ gefeierten Leistungen entpuppen sich **als Mit-Verursacher** sozialer Polarisierung: Zwar wird für Kindergelderhöhung, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sowie Elterngeld tatsächlich Geld ausgegeben, nur erhalten die besonders Bedürftigen davon fast nichts: Kindergelderhöhungen werden zu 100 Prozent auf Hartz IV angerechnet, Elterngeld ebenfalls, der Kinderzuschlag und das BuT waren und sind weitgehend wirkungslose und bevormundende Bürokratiemonster, von deren Geld die Kinder bislang am wenigsten erhalten haben.
- **Wirtschafts- und Finanzpolitik** seit der Jahrtausendwende hat zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben geführt hat. Spitzensteuersatz- und Erbschaftsteuer-Senkung für die einen und Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie Privatisierung sozialer Risiken für die anderen haben zur sozialen Spaltung der Republik beigetragen. Gewinne und Vermögen wurden in den letzten 20 Jahren entlastet und **für die unteren 40 Prozent der Bevölkerung sind seit 1999 die realen Einkommen gesunken**. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben Lohndumping, Niedriglöhne und gesetzlich verordnete Armut für Familien gebracht (zu Kindern in Hartz IV vgl. das Bundesverfassungsgerichts-Urteil vom 9. Februar 2010).

Ursachen von (Kinder-)Armut

- Arme Kinder sind Kinder armer Eltern
- Kinderarmut wird auch politisch verantwortet durch:
- eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Finanzmärkte,
- **eine Arbeitsmarktpolitik für höhere Gewinne und niedrigere Löhne,**
- eine Steuerpolitik, die von unten nach oben umverteilt,
- eine Sozialpolitik, die eher kürzt, als zu helfen,
- eine Haushaltspolitik, die Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen privatisiert.

Ziele des aktivierenden Sozialstaats

- **"Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen**, der die Menschen, die jetzt Transfer-Einkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt."
(Gerhard Schröder 1999)
- „Kein Arbeitsloser kann künftig noch den Anspruch erheben, in seinem erlernten Beruf wieder Beschäftigung zu finden, er muss bewegt werden, den Job nach überschaubarer Frist zu wechseln – und weniger zu verdienen. Die Kürzung des Arbeitslosengeldes, die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau verfolgen exakt diesen Zweck. Und:
Sozialhilfeempfänger müssen unter Androhung der Verelendung zu Arbeit gezwungen werden." (Hans-Ulrich Jörges, in: Stern v. 11.9.2003)
- "Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. **Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut**, den es in Europa gibt."
(Gerhard Schröder 2005)

BVerfG: Hartz IV-Ermittlung verstößt gegen Art. 1 u. 20 GG

Errechnung der Hartz-IV-Regelsätze (Stand 2003)

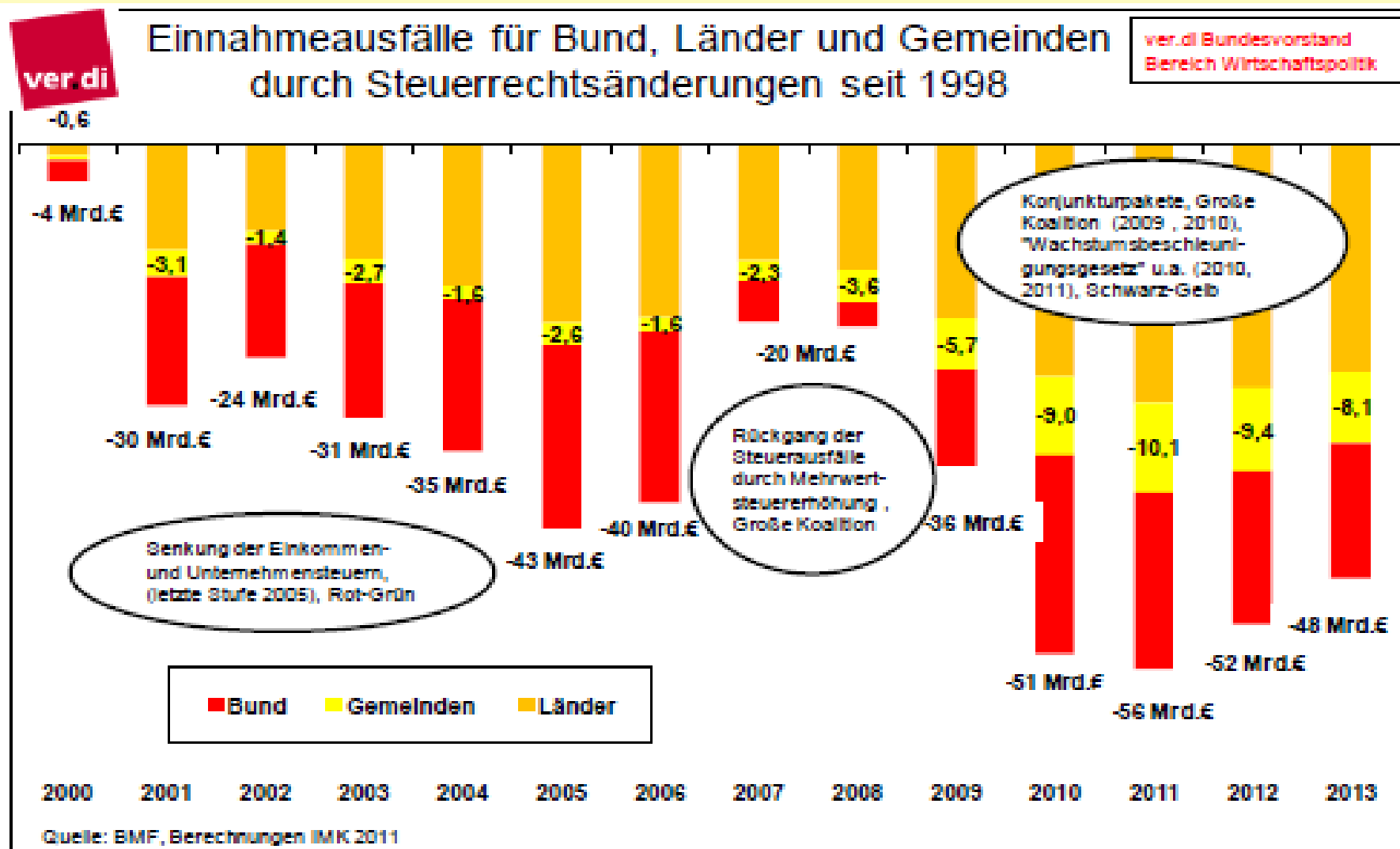
Kategorie	Ausgaben*	Anteil in Prozent, den die Regierung Hartz-IV-Empfängern anerkennt	Hartz-IV-Bezug in Euro
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	133	96%	127
Bekleidung und Schuhe	34	100%	34
Wohnen einschl. Energie, -instandhaltung	322	8%	24
Einrichtungs-, Haushaltsgegenstände	27	91%	25
Gesundheitspflege	18	71%	13
Verkehr	59	26%	16
Nachrichtenübermittlung	40	75%	30
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	71	55%	39
Bildungswesen	7	0%	0
Beherbergungs-/Gaststättendienstleistung	28	29%	8
Andere Waren und Dienstleistungen	40	67%	27
Insgesamt	779		
Insgesamt ohne Wohnkosten	483		345

*Errechnung des Hartz-IV-Satzes auf Basis der Verbrauchsausgaben der untersten 20 Prozent der nach Nettoeinkommen geschichteten alleinstehenden Haushalte. Empfänger, die überwiegend von Leistungen der Sozialhilfe gelebt haben, sind nicht berücksichtigt. *Quelle: EVS 2003*

„Strategie der leeren Kassen“

- „Dringend, schrieb in den neunziger Jahren so ein mehr in Wirtschaftskreisen bekannter Experte, müsse der Staat an Macht verlieren. Dagegen sei Widerstand zu erwarten. Zu lösen sei das Problem, indem man beispielsweise Steuern senke. **Man brauche „das Diktat der leeren Kassen“. Man brauche „ein Defizit, das als anstößig gilt“. so könne man den Staat beschneiden.** Ganz unverblümt steht es da: Nicht aus Notwendigkeit solle der Staat machtloser und ärmer werden, sondern aus Prinzip. Der das schrieb, war kein Exot. Es war **Herbert Giersch**, ein vor anderthalb Jahren in hohem Alter verstorbener Wissenschaftler, der jahrzehntelang als „Doyen der deutschen Volkswirtschaft“ galt. Er war Regierungsberater, **Gründungsmitglied der „Fünf Wirtschaftsweisen“**, Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, prägender Lehrbuchschreiber und Ausbilder mehrerer Generationen von Ökonomen, die heute in Banken, Verbänden, Unternehmen zu finden sind. Einer der führenden neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler, wie Thatcher ein Hayek-Anhänger, auf den sich ja jede klassische markliberale, jede klassisch unternehmerfreundliche Politik beruft“ (SPIEGEL 2012).
- „**Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Ende 1991 und Ende 2011 um knapp 800 Mrd. Euro zurückging**, hat sich das **Nettovermögen der privaten Haushalte** (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nominal von knapp 4,6 **auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt** – im Verhältnis zur jeweiligen Wirtschaftsleistung stieg es in diesem Zeitraum vom Drei- auf das Vierfache.“ (BMAS 2013, S. 49).
- Schuldenbremse – Erbschaftssteuer – Senkung Spitzensteuersatz – Streichung Vermögensteuer...
- ...und jetzt in ganz Europa? www.hs-magdeburg.de

Ursachen öffentlicher Armut



Inhalt

- Erscheinungsformen
- Folgen
- Bearbeitung
- Ursachen und Zusammenhänge
- **Alternativen**



„Alternativlos“ / TINA: Unwort 2010

Die Laufzeitverlängerung
für AKWs ist und bleibt
alternativlos!



Stuttgart 21 ist
und bleibt alternativlos!



Der Bundeswehreinsatz
in Afghanistan ist und
bleibt alternativlos!



Schwarz/Gelb ist
und bleibt alternativlos!



Und das Wort „Alternativlos“
ist und bleibt alternativlos!!



Die Unwort-Nutzerin des Jahres ...

Dimensionen von Alternativen

- 1. Arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen
- 2. Familien- und/oder Kinder(wohlfahrts)politik?
- 3. Ausbau der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur – ein Mittel gegen Bildungsarmut
- 4. (Schul-)Sozialarbeit und Quartiersmanagement
- 5. (Sozial-)Pädagogische Handlungsanforderungen
- 6. Wohnungspolitik
- 7. Armutsverhinderung durch Gesellschaftsveränderung

Wirksame Gegenmaßnahmen

- **Ausgleich des deutschen Import-Defizits (höhere Löhne)**
 - **1.** ErwerbstätigenV, BürgerV, Mindestsicherung; Gesetzlicher Mindestlohn; erhöhter Kinderzuschlag, Wohngeld und Kindergeld, damit Erwerbstätige von Arbeit leben können;
 - **2.** Gebührenfreie öffentliche Bildung von der Kita bis zur Uni;
- **Verbesserung der Qualität bei Betreuung und Ausbildung sowie Bezahlung der Beschäftigten der SuE-Berufe;**
- **Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe (Rechtsanspruch);**
- **3.** Bedarfsgerechte Grundsicherung für Kinder; Sozial gerechtes Elterngeld;
- **4.** Wirksame Finanzmarkt-, Vermögen-, Erbschaftsteuer und angehobener Spitzensteuersatz
- **5.** Wachstumsprogramm und Schuldenabbau

Kindergrundsicherung

Materielle Teilhabe, durch Kindergrundsicherung

- Betrag: ca. **573.-**pro Monat, das ist die Höhe des verfassungsrechtlichen Existenzminimums
- Sächliches Existenzminimum von 393 Euro
- Freibetrag für die Betreuung, Erziehung oder Ausbildung: 180 Euro
- Muss für alle Kinder und Jugendliche **bis 18 Jahre** gelten, nicht nur für Kinder deren Eltern Steuer zahlen
- wird besteuert;
- Umsetzung und Finanzierung durch u.a.: Abschaffung heiliger Kühe wie Ehegattensplitting
- Vereinheitlichung vieler nebeneinander existierender Leistungsgesetze

„573 EUR Kindergrundsicherung für alle“ (?)

- Unterschied zwischen bedingungsloser und bedarfsorientierter Grundsicherung (für Kinder)
- 573 EUR für alle, aber elternabhängig versteuern: Existenzminimum versteuern? „Elternunabhängig“?
- Pauschalierungsdilemma
- Wirkungen auf den Familienkontext, wenn Kinder mehr bekommen
- Loslösung oder Verstetigung von Bedürftigkeit?

Gut gemeint heißt nicht immer gut gemacht

- Gießkannen-Effekt und Effizienz-Problem
- Zusammenlegungs-Probleme (vgl. Hartz IV)
- „Manche Utopien sind gefährlich, weil sie von der Suche nach realistischeren Alternativen ablenken.“ (Robert Castel; französischer Soziologe)
- Realistischere Alternativen?

Erste Schritte zu einer KiGruSi

1. Erwerbsarbeit stärken (ML, AZV)
2. Vorrangleistungen KiZu, WoG und KG stärken
3. Infrastruktur, Mobilität und Kinderbetreuung sichern
4. Kindesbedarf real messen: 1. Existenzminimum, 2. Gerechte FamFörderung, 3. Anlaufstellen bündeln
5. Finanzmarkt-, Vermögens-, Erbschaftssteuer und Spitzensteuersatz



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Irene Becker: Kindergrundsicherung. Kostenschätzung 2017, S. 2

Tabelle 1: Grundlagen der Kostenschätzung – maßgebliche steuerliche und sozialrechtliche Regelungen 2017

Einkommensteuerrecht				
	11. Existenzminimumbericht (BMF-Variante)		Bündnis Kindergrund- sicherung (KGS-Variante)	
	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
sächliches ExMin	4.716 €	393 €	4.716 €	393 €
BEA-Freibetrag	2.640 €	220 €	2.160 €	180 €
Summe	7.356 €	613 €	6.876 €	573 €
maximaler steuerlicher Entlastungsbetrag				
– Grenzsteuersatz 42%	3.259 €	272 €	3.047 €	254 €
– Grenzsteuersatz 45%	3.492 €	291 €	3.264 €	272 €
Sozialleistungsrecht (monatliche Beträge)				
Kindergeld		Regelbedarfe		
– 1. und 2. Kind	192 €	– unter 6 Jahre	237 €	
– 3. Kind	198 €	– 6 bis unter 14 Jahre	291 €	
– 4. und weitere(s) Kind(er)	223 €	– 14 bis unter 18 Jahre	311 €	
Kinderzuschlag (Höchstbetrag)	170 €	BuT-Paket	individuell	

Quellen: Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2018 (11. Existenzminimumbericht des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin); Bündnis Kindergrundsicherung (o. J.), S. 3.

Familien- und ehebezogene Leistungen

in Milliarden Euro, 2010

Quelle: BMFSFJ

